

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Cedertwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 36 .: 33. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 5. September 1919

Inhalt. Beitragsleistung. — Streiknotizen. — Was wir der Gewerkschaft verdanken . . . — Die Aufhebung der Lederzwangswirtschaft. — Unser Verband im 2. Vierteljahr 1919. — Einwendungen der Verwaltungsstellen im 2. Vierteljahr 1919 — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus anderen Organisationen. — Erste Sitzung des Tarifamts für die Lederzweigen-Industrie. — Korrespondenzen. — Mundschau. — Delegiertenwahlen für den Verbandstag. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 7. bis 13. September 1919 ist der 37. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Aus Zweckmäßigkeitsgründen werden die Kollegen in ihrem eigentümlichen Interesse ersucht, bei Arbeitsaufnahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Was wir der Gewerkschaft verdanken . . .

Unseren neugewonnenen Gewerkschaftsmitgliedern in Herz und Sinn zu hämmern, daß es einst anders im Gewerkschaftsleben und in den Produktionsbetrieben mit den Arbeiterrechten als jetzt aussah, das gehört heute zu unseren vornehmsten Aufgaben. Wir sollen ihnen sagen was ist, dürfen aber nie verschweigen was war. Es gilt, sie zu überzeugungstreuen Mitgliedern zu machen, zu vollwertigen Genossen, die den Wert der Gewerkschaft ganz in sich aufgenommen haben und sich aus vollem Herzen verpflichten, die Gewerkschaftsidee bis an ihr Lebensende zu verteidigen . . .

Hast Du, neugewonnener Gewerkschafts-genosse, schon überlegt, daß es im Gewerkschafts- und Arbeiterleben einst anders aussah als heute? Heute steht unser wirtschaftliches Arbeiterrecht auf festen Füßen. Tarifverträge und Gesetz regeln Lohn und Arbeitszeit, das Koalitionsrecht der Arbeiter ist gesichert, das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in den Betrieben ist vom Unternehmertum anerkannt und der Staat schickt sich an, durch die Gesetzgebung den Arbeitereinfluß in den Betrieben fest zu verankern. Entlassungen und Neueinstellungen, Ueberstunden und andere wichtige Geschäftsmaßnahmen sollen dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft unterliegen. Und immer steht dabei der letzteren als mächtige Waffe das uneingeschränkte Koalitions- und Streikrecht zur Seite. War es stets so?

Jahrzehntelanger Lohn- und Machtkämpfe hat es bedurft, bis sich die Gewerkschaften

diese starke Position erobert haben. Ach, was waren die Arbeiter, als sie noch keine Gewerkschaften, keine Organisationen hatten! Da waren die Unternehmer die unbeschränkten Alleinherrscher in ihren Betrieben, sie bestimmten die Löhne und die Arbeiter mußten ohne Widerpruch das ihnen gnädigst Gebotene als barmherziges Almosen hinnehmen. Zammerlöhne, zum Sattessen zu wenig und zum Beruhungern zu viel, gehörten damals zur Regelmäßigkeit. War der Unternehmer gerade gut gelaunt, dann legte er einige Pfennige zum Lohne zu, hatte er schlecht geschlafen, dann diktierte er Abzüge am färglichen Lohn. Im Sommer gab es etwas mehr, im Winter, wenn die Auslese an Arbeitskräften üppiger war, gabs weniger. Und ins Ungemessene gesteigert war die tägliche Arbeitszeit. Dreizehn- bis vierzehnstündige Arbeitstage waren keine Seltenheit. Das steigerte ja die Arbeitslosigkeit, ergab größere Auslese unter den willigen Arbeitskräften, verhinderte die Aufklärung und drückte die Arbeiterschaft als Ganzes betrachtet noch mehr zur willen- und machtlosen Masse herab . . .

Da tauchte dann in dieser großen Elendszeit die Idee der gewerkschaftlichen Vereinigung auf. Den Arbeitern wurde gesagt, daß sie sich zu gemeinsamer Tat vereinigen müßten, daß all ihre kleinen Teilkraften zum Ganzen zusammengefaßt werden müßten, um auf diese Weise eine Wirtschaftsmacht der Arbeiterschaft zu bilden, deren Stoßkraft darauf zu richten sei, sich einen Einfluß, ein Mitrederecht bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen.

So leicht verständlich diese Idee erschien, sie wurde von der Arbeiterschaft wenig beachtet. Ach, die armen Proleten waren ja körperlich so verelendet, geistig so verödet, so hoffnungslos, daß sie auch in solchen Verheißungen nicht ihr Zukunftsheil erblickten. Nur vereinzelt rafften sie sich zur Organisation auf. Und weil sie noch schwach waren, blieben auch die Gewerkschaftserfolge spärlich. Und ein weiteres kam hinzu: Die Staats- und die Unternehmernmacht erklärten die Arbeiter, die ihre Massenmacht erkannt hatten und durch den wirtschaftlichen Zusammenschluß ihre Lage zu verbessern hofften, für Feinde der „gottgewollten Ordnung“, sie verfolgten sie mit ihrem grimmigsten Haß, makregelten sie und warfen sie in die Gefängnisse. Doch die Entwicklung ging ihren ehernen Gang, die Idee war da und ließ sich nicht mehr unterdrücken. Immer wieder schlossen sich die Verfolgten zusammen und das Häuflein wurde größer. Und schon begann sie auf ihre Wirtschaftsmacht zu pochen und ihre Führer versuchten mit den Unternehmern über bessere Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Doch immer noch wiesen diese ihnen höhnvoll und dünnelhaft die Tür. Sie pochten auf ihre angestammten Herrenrechte und erkannten

höchstensfalls nur „ihren“ Leuten das Recht zu, ihre Wünsche in submissiver Form vorzutragen. Und als die Gewerkschaft stärker wurde und immer größere Erfolge für die Arbeiterschaft durchsetzte, da schloß sich auch das Unternehmertum zur Organisation zusammen. Und zwar zur machtvollen Kampfesorganisation, um den Gewerkschaftsbezweckern — wie man es nannte — mit der brutalen Macht des wirtschaftlich Stärkeren ein Ende zu bereiten. Und Polizei und Staatsanwalt standen dabei den Unternehmern verständnisvoll und hilfsbereit zur Seite.

So wogte denn der Kampf jahrelang hin und her und die Unternehmer suchten vor allem mit ihrer schärfsten Waffe, der allgemeinen Aussperrung, die Gewerkschaften zu vernichten. Doch vergeblich war dieses Bemühen. Der Organisationsgedanke wuchs, riß immer größere Massen mit sich fort und jeder Kampf gebar neue Gewerkschaftskämpfer. Die Tarifverträge als Dokumente der wachsenden Arbeitermacht wurden fast allgemein, die Alleinherrschaft des Unternehmertums im Betriebe war damit durchlöchert und es kam, daß die Gewerkschaftsführer — die der Unternehmerzorn in schmeichlicher Weise als „bezahlte Hezer und Wühler“ bezeichnete — kraft der Organisationsmacht als Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt wurden und das Mitbestimmungsrecht des Arbeiters bei Festsetzung des Preises seiner Ware Arbeitskraft fast auf der ganzen Linie durchgesetzt wurde.

Die Löhne hoben sich. Die tierisch lange Arbeitszeit wurde verkürzt. Mißstände wurden beseitigt. Arbeiterferien gehörten nicht mehr zu den großen Seltenheiten. . .

Doch begreife, neugewonnener Gewerkschafts-genosse, so einfach wie hier beschrieben ging diese Entwicklung zum Besseren nicht vor sich. Es bedurfte der größten Kraftanstrengung, es bedurfte großer Einzelopfer, Tausende hungerten und entbehrten, Tausende wurden gemahregelt und ins Elend gestoßen, Tausende wurden in die Gefängnisse geworfen — doch immer wieder rafften Willensstärke und Ueberzeugungsmut die Verfolgten zusammen, getragen von der Unbefleglichkeit der Gerechtigkeitsidee, daß dem Arbeiter ein besseres Los, daß ihm die wirtschaftliche Freiheit erkämpft werden müsse trotz aller Verfolgungsmut und trotz aller Polizeigewalt!

Und nun steht das große Gewerkschaftsgebäude da, machtvoll und sieghaft ragt es empor über die zu Boden gedrückte Schicht der ehemals Allmächtigen. Mit Schweiß und Blut der Proletarier ist es zusammengeklittet und heute bleibt nur noch übrig, das Haus noch wetterfester zu gestalten und seine Bewohner planvoll und zielbewußt durch den Sturm und Drang der Zeiten zu führen in einen neuen Abschnitt der Menschheitsgeschichte, die nicht mehr die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen kennt, die ein freies, aufgeklärtes Volk auf freier Erde schafft.

Wächte die Arbeit und den Opfermut der Alten, die die Gewerkschaft zu dem erhoben haben, was sie heute ist: Eine Schutz- und Trugburg werdender Menschlichkeit. Was wir heute an wirtschaftlicher Freiheit errungen haben, das verdanken wir in erster Linie der rastlosen, jahrzehntelangen Gewerkschaftsarbeit, das verdanken wir all den zahllosen Kämpfern, die für die Gewerkschaftsidee gelitten und gestritten haben!

Darum schätze Deine Gewerkschaft nicht als etwas Gegebenes, sondern als etwas im schweren Kampfe Errungenes. Halt sie hoch, sei jederzeit eingedenk der schweren und großen Mühen, die es gekostet, um sie groß und mächtig zu machen. Setze das Werk der Alten fort, stärke Deine Gewerkschaft zu jeder Zeit durch Wort und Tat, mahne stets zur Treue und Einigkeit! Das sei der Dank der Jungen an die Alten!

Die Aufhebung der Lederzwangswirtschaft.

Nach mehrjähriger Dauer soll die Zwangsbewirtschaftung für Leder nunmehr verschwinden und wieder der freien Produktion und dem freien Handel, wenn auch noch mit einigen Einschränkungen, das Feld räumen.

Die Lederkommission der Nationalversammlung hat mit 16 gegen 12 Stimmen folgenden Beschluß gefaßt: Die Nationalversammlung wolle beschließen:

1. Die Einfuhr von Häuten, Fellen, Ledergerbstoffen, Schuhen und sonstigen Lederwaren ist freizugeben, desgleichen die von Lederstücken und Lederwaren. Bis auf weiteres ist die Einfuhr von Schuhen auf Gebrauchsschuhwerk zu beschränken. Anderes Schuhwerk darf nicht eingeführt werden.

2. Die Zwangsbewirtschaftung für Häute, Wolle, Ledergerbstoffe, Schuhe und sonstige Lederwaren ist aufzuheben, soweit in diesen Beschlüssen nichts anderes bestimmt ist.

3. Die im Besitz der amtlichen Verteilungsorganisation befindlichen Bestände an Häuten, Fellen, Ledergerbstoffen undsonstigen sind an die bisher Bezugsberechtigten öffentlich zu verkaufen. Der daraus erzielte Gewinn ist nur zur besseren Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Schuhwerk zu verwenden. Die noch im Besitz der amtlichen Verteilungsorganisation befindlichen, aber zur Verteilung an das Handwerk bestimmten Lederwaren sind zum bisherigen Höchstpreise zu verteilen.

4. Die an der Lederzwangswirtschaft beteiligten Wirtschaftskreise haben von dem sich ergebenden Konjunkturgewinn 60 Proz. zur Verbilligung des Schuhzeugs der minderbemittelten Bevölkerung abzuführen.

5. Die Regierung zu ersuchen, dem volkswirtschaftlichen Ausschuss alsbald eine Verordnung auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes zur Durchführung der obigen Entschlieung vorzulegen.

Am 24. Juli hat der Volkswirtschaftsausschuss der Nationalversammlung die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Leder angenommen und der Minister Schmidt, der sich grundsätzlich für die freie Wirtschaft erklärt, hat seine Zustimmung dazu gegeben. Ein langer, harter und mit allen Mitteln im Kreise der Lederinteressenten geführter Kampf um die Aufhebung der gesetzlichen, die freie Wirtschaft einschränkenden Bestimmungen hat damit seinen Abschluß gefunden. Nach den entsprechenden ministeriellen Verordnungen ist die freie Lederwirtschaft wieder hergestellt und deren Befürworter dürfen erleichtert aufatmen, sie haben ihren Zweck erreicht. Ingefißlich dieser Tatsachen wäre es müßig, an dieser Stelle Untersuchungen darüber anzustellen, wie sich die Dinge nunmehr auf dem Gebiete der ganzen Lederwirtschaft unter dem Einflusse des freien Spieles der Kräfte gestalten werden. Die Stellungnahme unserer Organisation zu dem Bestreben der Interessenten in Unternehmerkreisen in der Zwangsbewirtschaftsfrage ist zu oft in den Spalten unserer Zeitung gekennzeichnet worden, um hier noch einmal darauf zurückzukommen. Das Allgemeininteresse der gesamten Bevölkerung stand uns immer höher als das Spezialinteresse einzelner Interessenten und Berufsgruppen. Darum hat man bei uns der Aufhebung der Zwangsbewirtschaft in der Lederbewirtschaftung nicht das Wort reden können, wenigstens noch nicht zu dem gegebenen Zeitpunkt. Eine ungeheure Preissteigerung aller Bedarfsartikel aus Leder mußte die Folge sein und besonders das Schuhwerk mußte sich bei freier Produktion und Handel in geradezu unerträglichem Maße verteuern. Das wird auch jetzt nach Aufhebung der Zwangsbewirtschaft für die Lederbewirtschaftung geschehen und man hat deshalb, um die unvermeidliche Wirkung dieser Maßnahme, wenigstens für die minder-

bemittelte Bevölkerung abzumildern und zu mildern, den oben angeführten Beschluß gefaßt, wonach 60 Proz. aus dem sich ergebenden Konjunkturgewinn an das Reichschatzamt abgeliefert werden müssen. Die Regierung will mit diesen Einnahmen eine Verbilligung des Schuhzeuges für die minderbemittelte Bevölkerung ermöglichen. Es erscheint wohl als ein etwas merkwürdiger Umweg, einem Teil der Bevölkerung etwas von dem Gewinn wieder zuzuführen, den man der Gesamtbevölkerung durch ungeheure Verteuerung der Schuhwaren abnimmt, aber das Reichswirtschaftsministerium sieht keinen anderen Weg, aus der Misere herauszukommen, so berechtigt die Bedenken im übrigen auch sein mögen. Mit uns auf dem Boden der Zwangsbewirtschaftung im volkswirtschaftlichen Interesse standen auch die übrigen an der Lederwirtschaft interessierten Arbeiterorganisationen zum Teil bis zur Stunde. In der letzten Zeit ist diese Stellungnahme aber wandelnd geworden und haben sich in verschiedenen Berufsgruppen andere Anschauungen mehr und mehr durchgesetzt. So stand der Deutsche Lederarbeiterverband zuletzt nicht mehr auf dem Boden der Zwangsbewirtschaftung des Leders und trat im Gegenteile schließlich für die freie Wirtschaft ein. Auch in unseren Reihen machten sich an verschiedenen Orten in der letzten Zeit Stimmen bemerkbar, die der freien Wirtschaft den Vorzug geben wollten. Im Offenbacher Industriegebiet sahen sich unsere Vertreter durch den Umfang der Arbeitslosigkeit unter den Kollegen, welche von den Unternehmern auf den durch die Zwangsbewirtschaft verursachten Lederangel zurückgeführt wurde — veranlaßt, zur Lederbewirtschaftung Stellung zu nehmen. In einer mit den in Frage kommenden Unternehmern aus den verschiedenen Branchen der Lederindustrie gemeinsamen Entschlieung wurde dort schließlich die Aufhebung der zwangsläufigen Lederbewirtschaftung gefordert und eine dementsprechende Eingabe unterstützt. So fällt denn die Lederzwangswirtschaft, nachdem die Unternehmer aus der Lederindustrie ihr rechtliches Teil mit dazu beigetragen haben, durch ihren maß- und skrupellosen Schleichhandel die Maßnahmen der Regierung in der gebundenen Wirtschaft zu sabotieren. Was von der freien Wirtschaft in bezug auf den Arbeitsmarkt und die Konjunktur nunmehr zu erwarten ist, wollen wir abwarten, trotz der großen Aussichten, die uns nach dieser Richtung eröffnet wurden. Die nächste Folge werden aber enorme Preissteigerungen besonders für Schuhwaren sein. Hoffen wir, daß diese Erscheinung nur ein Durchgangsstadium darstellt und danach recht bald eine nachhaltige Sentung eintritt.

Unser Verband im 2. Vierteljahr 1919.

Gemäß der allgemeinen Entwicklung der deutschen Gewerkschaften — die dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen haben nun die 6. Mitgliedermillion überschritten — ist auch unser Verband im 2. Vierteljahr weiter vorwärts geschritten. 16 622 männliche und 4949 weibliche Mitglieder war der Stand am Anfange des Quartals. Diese Zahlen haben sich im Laufe des Quartals erhöht auf 18 307 männliche und 5575 weibliche, insgesamt also um 2311 Mitglieder. Der Zugang durch Neuaufnahmen und Anmeldungen beträgt 5550, der Abgang 3123 im Vierteljahr. Am Eintrittsgeldern wurde die Summe von 1681,25 Mk., an Wochenbeiträgen 128 874,50 Mk. für männliche und 18 745,20 Mk. für weibliche Mitglieder, zusammen 147 219,70 Mk. vereinnahmt. Unter sonstigen Einnahmen werden 774,71 Mk. bezichnet, die Summe der Einnahmen im Vierteljahr ist 188 939 Mark. — Die Ausgaben betragen für Reiseunterstützung 79,90 Mk., für Arbeitslosenunterstützung 26 772,65 Mk., für Krankenunterstützung 5989,50 Mk., für Beerdigungsbetätigte 1675 Mk. Die zur Verteilung der örtlichen Verwaltungskosten in dem Zahlstellen verbliebenen Prozentanteile betragen insgesamt 19 560,92 Mk., während die Hauptkasse 107 375,56 Mk. erhielt. Den Einnahmen der Verwaltungsstellen stehen Zuschüsse an dieselben im Gesamtbetrage von 4321,30 Mk. gegenüber. Für Lohnbewegungen wurden 5552,11 Mk., für Streifenunterstützung 9300,98 Mk. ausgegeben. Die Umzugsunterstützung erforderte 680 Mk., die Notfallunterstützung 165 Mk. und das Konto Reichtschutz 50 Mk. im 2. Vierteljahr 1919. — Das Gesamtvermögen der Organisation stieg im Berichtsjahr von 854 224,60 Mk. auf 894 574,23 Mk., also um 40 349,63 Mk. — Der Gesamtbestand der Lokalkassen hat sich nur wenig verändert. Im Anfang des Quartals 167 267,82 Mk., beträgt er am Schluß 164 583,08 Mk., hat sich mithin um 2684,74 Mk. vermindert. Die Gesamtausgaben betragen hier 40 307,45 Mk., welche Summe sich auf Arbeitslosenzuschuß 16 749,90 Mk., Kranfenzuschuß 2157,20 Mk., Streifenzuschuß 5239,48 Mk., Notfallunterstützung 2107 Mk. und andere Ausgaben verteilt. — Sowohl organisatorisch als finanziell können wir mit dieser Entwicklung des Verbandes im 2. Vierteljahr soweit zufrieden sein, und wir

wollen nur hoffen, daß sie weiterhin anhält bis zur reifsten Erfassung aller Berufsangehörigen, welche trotz aller Fortschritte immer noch nicht vollständig erreicht ist.

Einnendungen der Verwaltungsstellen im 2. Vierteljahr 1919.

Mtenburg 71,20; Apolda 94,—; Ansbach 41,96; Arnstadt 24,59; Augsburg 652,—; Bad Sachsa 184,10; Bamberg 254,79; Bayreuth 200,—; Bayreuth 250,—; Berlin 6555,06; Bielefeld 1827,65; Bonn 171,40; Bochum 204,35; Brandenburg 740,20; Braunschweig 442,93; Bremen 300,—; Bitterfeld 215,50; Breslau 2300,—; Brieg 54,—; Bromberg 67,45; Rottbus 280,65; Chemnitz 500,—; Cöthen 27,70; Danzig 1291,10; Dessau 275,—; Dresden 7000,—; Duisburg 187,90; Dortmund 80,—; Düsseldorf 700,—; Eisenach 239,—; Eisleben 117,10; Eiberfeld 500,—; Elbing 257,10; Erfurt 769,55; Erlangen 600,—; Essen 550,—; Finsterwalde 42,05; Frankfurt a. M. 2664,95; Freiberg 588,80; Fürstenwalde 59,25; Glauchau 291,45; Graudenz 70,50; Gleiwitz 228,90; Gera (Neuß) 100,—; Gera (Gotha) 199,45; Gelsenkirchen 86,80; Glogau 184,20; Grünberg 250,—; Görlitz 1600,—; Güstrow 50,—; Hagau 75,—; Halle 500,—; Hamburg 3417,80; Hannover 1000,—; Hameln 217,20; Hainau 150,—; Herford 55,10; Heilbronn 180,60; Hildesheim 119,45; Hof 73,10; Hünfing 589,05; Jena 150,10; Kaiserlautern 263,—; Karlsruhe 453,—; Kassel 1754,10; Kiel 96,15; Köln 1213,40; Konstantz 907,15; Kösln 35,30; Kuppenheim 430,50; Koburg 209,—; Königsberg 900,—; Leipzig 3774,67; Riegnitz 582,35; Landsberg 91,50; Magdeburg 500,—; Mainz 623,90; Mannheim 700,—; Lübeck 46,10; Pippstadt 778,—; Mühlhausen (Thr.) 800,—; Müllrose 174,10; Mühlheim (Ruhr) 185,—; München 2233,95; Meerane 185,45; Nürnberg 2810,58; Oberneufich 164,45; Offenbach 14 044,94; Oßach 91 25; Oßersleben 145,70; Osnabrück 151,—; Regau 126,35; Reuß 94,30; Potsdam 321,80; Rathenow 93,10; Remscheid 150,41; Reutlingen 400,—; Rostock 168,10; Rochlitz 32,—; Rüsselsheim 729,20; Solingen 697,10; Steffin 849,—; Straßburg 100,—; Stolp 155,70; Striegau 261,35; Stuttgart 1500,—; Ueterfen 125,45; Ulm 1206,95; Varel 143,20; Würzburg 213,40; Wismar 130,85; Weiz 818,95; Zerbst 38,—; Zoffen 41,40; Zwickau 355,84 Mk.

Von den Beitragsteilen erübrigt und an die Hauptkasse gefaßt:

Cottbus 17,15; Bitterfeld 8,65; Braunschweig 0,09; Danzig 24,66; Duisburg 4,14; Eisenach 14,75; Glogau 0,52; Frankfurt a. M. 173,36; Hof 5,21; Köln 0,87; Lübeck 5,95; Mannheim 0,21; Mühlhausen 4,41; Müllrose 21,30; Oberneufich 2,30; Oßach 8,75; Regau 10,85; Potsdam 16,55; Rathenow 0,95; Rüsselsheim 7,24 Mk.

Der Kassierer:
Alfred Riedel.

Streiks und Lohnbewegungen.

Frankfurt a. M. In der heutigen Branchenversammlung der Geschäftssattler Frankfurts wurde folgender Ortsrat für Frankfurt a. M. und Umgebung festgelegt: Die Löhne für Sattler betragen: Im ersten Jahre nach der Lehre 1,50 Mk., im zweiten und dritten Jahre 1,60 Mk., vom 20. bis 24. Jahre 2 Mk., über 24 Jahre 2,35 Mk. pro Stunde. Für Hilfsarbeiter: über 17 Jahre 1,50 Mk., über 20 Jahre 1,68 Mk. pro Stunde. Ueberstunden bis 8 Uhr abends 25 Proz., nach 8 Uhr 50 Proz.; Sonntagsarbeit 75 Proz. Spezialarbeiter und Maschinenmacher werden entsprechend höher bezahlt. Wo schon ein höherer Lohn als im Tarif angeführt wird, bleibt derselbe bestehen. Urlaub wurde festgesetzt: Nach einjähriger bis dreijähriger Beschäftigung 3 Tage Urlaub, nach über dreijähriger Beschäftigung 3 Tage Urlaub bei voller Bezahlung. Der Tarif ist rückwirkend auf den 1. August 1919. Die rückwirkende Bezahlung wird als eine Teuerungszulage zur Eindeckung des Winterbedarfs angesehen.

Würzburg. Am 21. August fand hier eine äußerst wichtige Versammlung statt. Nach fast vierwöchigem Verhandeln mit der Sattlerinnung konnte der langersehnte Tarifabschluß mitgeteilt werden. Es wurde zwischen der Innung und dem Verbande ein Lohnabkommen abgeschlossen, wonach erhalten: Gelernte Sattler bis 20 Jahr 1,30 Mk., gelernte Sattler von 20—25 Jahren 1,60 Mk., gelernte Sattler über 25 Jahre 1,75 Mk., gelernte Sattler (verheiratet) 1,90 Mk. Sämtliche Lohnsätze verstehen sich als Mindestlöhne. Die Arbeitszeit beträgt laut gesetzlicher Verordnung wöchentlich 48 Stunden. Ueberstunden sind zunächst zu vermeiden. Sind jedoch diese manchmal nicht zu umgehen, so werden hierfür 25 Proz. Zuschlag pro Stunde bezahlt. Das Abkommen gilt vom 9. August 1919 bis zum 31. März 1920. Dasselbe verliert jedoch seine Gültigkeit, wenn während dieser Zeit ein Bezirks- oder Reichstarif zustande kommt, von dem Tage an, wo letzterer in Kraft tritt.

Gauleiter Böhmer war zu dieser Verhandlung auch anwesend und schilderte den Kollegen die Entstehung und Ziele der Tarifabschlüsse bis zum heutigen Tage. Mit größter Aufmerksamkeit wurde der Vortrag verfolgt. Zum Schluß brachte der Vorsitzende Bieder unseren Kollegen Dehling die herzlichsten Glückwünsche zu seinem silbernen Hochzeitseste zum Ausdruck.

Aus anderen Organisationen.

Dreißig Jahre Vergarbeiterverband. Am 18. August 1919 blickt der Verband der Vergarbeiter Deutschlands auf sein dreißigjähriges Bestehen zurück. Aus diesem Anlaß erscheint das Verbandsorgan, die „Vergarbeiter-Zeitung“ vom 16. August in besonderer Ausstattung. Sie enthält Abhandlungen über die Entwicklung der Vergarbeiterbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in Sachsen, Saargebiet, Oberschlesien, Niederschlesien, im Siegel-, Rahn- und Nillrevier, im Magdeburger und Schweißer Kohlenrevier usw. Ferner enthält sie Erinnerungen alter Mitkämpfer, die mit an der Wiege des Verbandes gestanden haben. Dem Gedächtnis an Elsaß-Lothringen ist eine ergreifende Abhandlung gewidmet. Darin heißt es, daß in die Freude über den stolzen Verbandsbau sich tiefe Wehmut mischt, weil zwei Bausteine verloren gingen, die das Werk krönen sollten. Elsaß mit seinen Kalifischen und Lothringen mit seinem Reichtum an Eigenenergie. Für Deutschland ein schier unersehblicher Verlust.

Im ersten Lebensjahre sammelte der Verband 58 000 Mitglieder um seine Fahne. Im Jahre des Essener Meineidsprozesses 1895 war die Mitgliederzahl auf etwa 5000 gesunken. Die Feinde des Verbandes jubelten: „Der alte Verband liegt im Sterben!“ In dieser Not rafften sich die Betreuen zusammen. Im Jahre 1900 betrug die Mitgliederzahl 36 410 und das Verbandsvermögen 86 396 Mk. Zehn Jahre später, im Jahre 1910, betrug die Mitgliederzahl 123 487 und das Verbandsvermögen 4 255 743 Mark. Am Jahresluß 1918 betrug die Mitgliederzahl 826 747 und das Verbandsvermögen 7 657 761 Mark. Der Revolutionssturm hat die Mitgliedschaft des Verbandes auf über 400 000 hinaufgetrieben. So hat der „alte Verband“, „allen Gewalten zum Trotz“ erhalten, er ist groß und stark geworden und hat sich so siegreich durchgesetzt, daß heute auch im Vergange gesagt werden kann: „Eine Grenze hat Thronnamenmacht . . .“

Erste Sitzung des Tarifamts für die Ledertreibriemen-Industrie.

am Dienstag, dem 26. August 1919.

Als unparteiischer Vorsitzender fungierte Herr Dr. Busse vom Reichsarbeitsministerium.

Als Vertreter der Arbeitgeber: die Herren Messon-Hamburg, Rahen aus Köln-Mühlheim, Straze aus Guben.

Von den Arbeitnehmern die Herren Sellin, Cohn, Nowakowski.

Als Vertreter des Verbandes der Sattler und Portefeuller Herr Nibel-Berlin.

Als Vertreter des Verbandes der Ledertreibriemen-Fabrikanten Deutschlands Herr Seiberz-Berlin.

Tagesordnung:

1. Abgrenzung der Bezirke für die Schlichtungskommissionen.
2. Gründung der Auskunftsstelle.
3. Festlegung einer Geschäftsordnung für die Schlichtungskommissionen und das Tarifamt.
4. Berufung der Firma Schulz, Berlin, gegen das Urteil der Berliner Schlichtungskommission.
5. Erläuterung zu § 2 Ziffer 3.
6. Erläuterung zu § 2 Ziffer 5.
7. Erläuterung zu § 2 bis 1c.
8. Verschiedenes.

Punkt 1, 2 und 3 der Tagesordnung wird zurückgestellt, da die Regelung unmittelbar zwischen den Parteien erfolgen soll.

Punkt 4. Die Berliner Schlichtungskommission hat gegen die Firma Schulz, Berlin, beschlossen, daß für die ausfallenden Arbeitsstunden die im Provisorium vom 27. November 1918 festgelegten Entschädigungen an die Arbeiter weiter zu zahlen sind, bis das Tarifamt eine allgemeine gültige Regelung geschaffen hat.

Hiergegen ist von der Firma Berufung eingelegt worden. Das Tarifamt entscheidet, daß das Provisorium vom 27. November 1918 bis 1. Oktober 1919 in Gültigkeit bleibt und daß bis zu diesem Termin eine Regelung dieser Frage durch das Tarifamt zu geschehen hat. Gleichzeitig wird auch auf eine Anfrage von Seiten des Vertreters der Arbeitgeberorganisation entschieden, daß unter voller Bezahlung nach § 3 des Tarifs (U r l a u b) die Bezah-

lung für den achtstündigen Arbeitstag zu verstehen ist.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung wurde vom Arbeitnehmerseite darauf hingewiesen, daß wohl ein Irrtum vorliegen müsse, daß bei Montagearbeiten die Nachtzeit erst um 9 Uhr beginnt, während bei Werkstattdarbeit dieselbe schon um 7 Uhr vorgesehen ist. Nach Aussprache bleibt der Wortlaut des § 2 Ziffer 3 in der bestehenden Fassung in Gültigkeit.

Zu Punkt 6 wurde von Arbeitgeberseite angeführt, daß unter Vergütung die Stundenzulage der Ziffer 4 zu verstehen sei. Dem wurde von den Arbeitnehmern widersprochen, indem darauf hingewiesen wurde, daß die Vergütung bei auswärtiger Montage darin besteht, daß sämtliche Auslagen des Arbeiters vergütet werden bis zu einer näher zu vereinbarenden Höchstgrenze. Gerade durch diese weitgehende Fassung wird den verschiedenartig gelagerten Verhältnissen am besten Rechnung getragen. Die Verständigung geht dahin, daß an § 2 Ziffer 5 nichts geändert wird.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung wird von Herrn Nibel darauf hingewiesen, daß die Arbeitnehmer gegen den § 2 schon beim Abschluß des Vertrages Änderungsanträge gestellt hatten und daß die Arbeitgeber damals versichert haben, ihrem Wünsche bei der im Oktober stattfindenden Neuregelung entgegenzukommen. Dies wird von den Arbeitgebern bestätigt, jedoch zu gleicher Zeit darauf hingewiesen, daß die Zusammenstellung des Mindestlohnes aus Grundlohn, Ortszuschlag und Feuerungszulagen bestehen bleiben muß, nur daß in den einzelnen Sparten Veränderungen Platz greifen können.

Danach wurden ohne den unparteiischen Vorsitzenden die ersten 2 Punkte der Tagesordnung erledigt.

Zu Punkt 1 wurde beschlossen: In Anbetracht, daß in vielen Fabrikationsorten nur ein oder zwei Betriebe in der Treibriemenbranche vorhanden sind, daher keine Möglichkeit besteht, eine örtliche Schlichtungskommission zu bilden, sind Bezirks-Schlichtungskommissionen einzurichten, worauf das Reich in 10 Bezirke eingeteilt wurde.

1. Befestiges westliches Gebiet: Sitz Köln.
2. Unbefestetes Rheinland und Westfalen: Sitz M ü l h e i m a. N.
3. Provinz Hannover, Hamburg, Lübeck, Bremen, Oldenburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg: Sitz Hamburg.
4. Provinz Brandenburg, Ost- und Westpreußen, Pommern: Sitz Berlin.
5. Schlesien und Böhmen: Sitz Breslau.
6. Königreich Sachsen: Sitz Dresden.
7. Provinz Sachsen und Thüringen: Sitz Magdeburg.
8. Frankfurt a. M., Hessen, Baden: Sitz Frankfurt a. M.
9. Bayern: Sitz München.
10. Württemberg: Sitz Stuttgart.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung wird die Gründung einer Auskunftsstelle beschlossen. Diese hat den Zweck, Anfragen über Auslegung irgendeines Punktes des Tarifvertrages zu beantworten. Finden sich die Parteien mit der Beantwortung ab, so ist die Sache erledigt, andernfalls muß der nach dem Tarif vorgeschriebene Instanzenweg beschritten werden. In diese Auskunftsstelle wählen die Arbeitgeber als ihren Vertreter Herrn Seiberz und die Arbeitnehmer Herrn Nibel. Jede Antwort muß von beiden unterzeichnet sein. Alle Zuschriften für die Auskunftsstelle sind zu richten an Herrn Alfred Nibel, Berlin SO. 16, Brückenstr. 10 b III.

Der 3. Punkt der Tagesordnung (Geschäftsordnung) für die Schlichtungskommissionen und Tarifamt wird zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Korrespondenzen.

Grünberg. Am Sonntag, dem 17. August, war von der Zahlstelle Grünberg in Neusalz a. O. eine Versammlung für Sattler, Kapezierer und Lederarbeiter einberufen worden. Kollege Adler aus Grünberg eröffnete die Versammlung um 10 1/2 Uhr und erteilte dem Kollegen Röming das Wort zu seinem Vortrage: „Warum müssen sich auch die Kollegen aus Neusalz organisieren?“ Er erwähnte, daß schon vor dem Kriege versucht wurde, die Kollegen zu gewinnen für die Organisation, aber ohne Erfolg. Bedauerlich ist es, daß die Kollegen nun bald ein Jahr nach der Revolution noch nicht erwacht sind und noch für 75 Pf. die Stunde arbeiten, 10 Stunden lang und noch mehr. Es erfolgte dann eine rege Aussprache und wurden alle Mißstände besprochen. Ein Vertrauensmann wurde gewählt, welcher mit der Zahlstelle Grünberg in Fühlung bleiben soll. Acht Kollegen ließen sich aufnehmen, und die anderen sollen so schnell wie möglich herangeholt werden. Schluß der Versammlung um 1 Uhr. Schon 14 Tage zuvor hatte Kollege Röming in Sorau sechs Kollegen für unsere Sache gewonnen und andere Nachbargräfde sollen folgen. Kollegen, Ihr fehlt,

daß, wenn man den festen Entschluß hat, so ist auch überall die Organisation hineinzubringen, und wenn es in dem kleinsten Ort ist. Darum, Kollegen, schafft alle mit; es heißt die Zeit ausnützen. Es heißt an den Spruch denken: „Vereinte Kraft, vieles schafft!“

Hamburg-Altona. Am 19. August sprach Kollege Ernst Schulze, Berlin, über das Thema „Klute Zeit- und Streitfragen in der Gewerkschaftsbewegung“. Der Referent verstand es, in großen Zügen dem Anwesenden die zeitgemäßen gewerkschaftlichen Fragen zu erläutern und führte etwa folgendes aus:

Nach der Revolution tauchte verschiedentlich der Gedanke auf, daß die Gewerkschaften nur überflüssig geworden sind. Diese Gedanken gingen von den Voraussetzungen aus, daß wir durch die Revolution die vollständige Macht erobert hätten. Diese Annahme ist jedoch irrig. Wohl ist die Zeit endgültig vorbei, daß wir als 5. Rad am Wagen gelten, denn wir haben jetzt auf allen Gebieten im Staat und in der Kommune maßgebenden Einfluß.

Zu den wichtigsten gewerkschaftlichen Streitfragen gehören der kollektive Arbeitsvertrag, die Betriebsräte und die Arbeitsgemeinschaften. Es ist ohne Zweifel, daß die Gewerkschaften schon vor dem Kriege durch das Tarifwesen wesentliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielten, aber nach der Revolution sind auf diesem Gebiete ganz bedeutende Fortschritte gemacht worden. Es ist nicht möglich, betriebsweise den kollektiven Arbeitsvertrag zur Einführung zu bringen, sondern mit Hilfe der Gewerkschaften für die ganze Branche, für ein Stadtgebiet oder für das ganze Reich. Eine notwendige Vorarbeit für die Sozialisierung ist der kollektive Arbeitsvertrag. Damit ist ein Beweis erbracht, daß die Gewerkschaften bei der Umwandlung des gesamten Wirtschaftslebens in die Gemeinwirtschaft die berufenen Vertreter der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft sind und bleiben werden.

Die Betriebsräte, im ständiger Verbindung mit den Gewerkschaften, werden der Betriebsdemokratie die Wege ebnen. Als erste Forderung auf diesem Gebiete gilt die obligatorische Einführung der Betriebsräte für alle Betriebe.

Die Räte haben das Recht und die Pflicht, bei allen Betriebsangelegenheiten, die die Interessen der Arbeiter berühren, regeln eingzugreifen. Zu den Sitzungen der Betriebsräte ist auch der Arbeitgeber verpflichtet, zu erscheinen und Auskunft zu geben. Einstellungen und Entlassungen können ohne Zustimmung des Arbeiterrates nicht vorgenommen werden. Die Beschäftigung der Frauen und Jugendlichen sowie das Schuttlingswesen, Lohn- und Akkordstreitigkeiten und alle Meinungsverschiedenheiten aus dem Arbeitsvertrag regelt der Betriebsrat.

Nach Einführung obiger Forderungen ist die Grundlage für die wirtschaftliche Demokratie im Betriebe geschaffen. Auf der anderen Seite helfen die Gewerkschaften als Kontrahenten des Tarifs und als das Rückgrat der Betriebsräte.

Sehr viel angefeindet sind die Führer der Gewerkschaften wegen ihrer Behilfe bei Schaffung der Arbeitsgemeinschaften, da dieselben angeblich geeignet sind, den Kampfcharakter der Gewerkschaften zu untergraben. Diese Befürchtung ist jedoch unberechtigt. Der gewaltige Aufschwung unserer Industrie in den letzten Jahrzehnten brachte auch sehr umfangreiche Lohnkämpfe mit sich. Wirtschaftliche Krisen mit großer Arbeitslosigkeit waren auch eine regelmäßige Begleiterscheinung der kapitalistischen Produktionsweise. Alle diese Tatsachen, welche ungeheure Opfer auf beiden Seiten forderten, brachten einsichtigen Leuten die Ueberzeugung, daß unser gegenwärtiges zerstörtes Wirtschaftsleben solche schwere Erschütterungen nicht vertragen kann. Dieses sind Gründe, welche mit zur Schaffung der Arbeitsgemeinschaften beitragen. Durch die Arbeitsgemeinschaften ist die vollständige Koalitionsfreiheit gesichert, desgleichen der paritätische Arbeitsnachweis, das Tarifwesen usw. Wir kommen damit auf ein neues Gebiet, aber auch dieser Schritt muß mit dazu beitragen, daß wir Erfahrungen sammeln und uns vorbereiten und ausbilden, um demnächst das ganze Getriebe zu übernehmen.

Leipzig. Am 15. August fand unsere Mitgliederversammlung statt, mit einem Vortrag über das Räte-system. Referent führte in seinem Vortrag den Anwesenden vor Augen, wie schwer es ist, dieses neue System so klar zu machen, daß es jeder fassen kann und es so beherrscht wie das Alphabet. Auch an der Hand elementarster Beispiele läßt sich das nicht in einem Vortrag erledigen. Ueber die Notwendigkeit der Einführung des Räte-systems und über die durch diese neue proletarische Organisation zu lösende Aufgabe dürfte also im wesentlichen Klarheit und Einigkeit bestehen. Klarheit muß aber auch noch über den zweckmäßigsten Aufbau und über die zur Lösung der gestellten Aufgaben anzuwendenden Methoden geschaffen werden. Aufklärung muß noch dar-

über verbreitet werden, daß auch das Räteystem kein Universalmittel ist, vielmehr auch ihm bestimmte Grenzen gezogen sind.

Im zweiten Punkte unserer Tagesordnung erklärte Kollege Steiner, daß jetzt nur noch vier Mann dem Agitationsomite angehören und dieses demzufolge erweitert werden muß. Es wurden noch acht Kollegen dazu gewählt.

Unter Gewerkschaftlichem kritisierte Kollege Maß den späten Anfang der Versammlung, was von Kollegen Steiner richtig gestellt wurde. Der Vorsitzende wies auch darauf hin, daß die Verhandlungen beim Schlichtungsausschuß leider erst in vierzehn Tagen stattfinden.

Magdeburg. In unserer am 23. August stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde der Kollege Hermann Krull als Schriftführer gewählt. Als 2. Punkt stand auf der Tagesordnung: „Unsere Lohnbewegung“. Hier teilte der Vorsitzende Kollege Thiele mit, daß nach längerem Verhandlungen eine Einigung zustande gekommen ist. Es wurde unter Hinzuziehung des Städtischen Arbeitsamts eine Arbeitsgemeinschaft gegründet. Diese besteht aus 4 Arbeitgebern und 4 Arbeitnehmern. Es wurden die Kollegen Wilhelm Thiele als Obmann, August Günther, Paul Schwarz und Lange als Beisitzer, Brauer, Baudner, Hartleb und Voigt als deren Stellvertreter gewählt. Der von uns am 1. März 1919 abgeschlossene Tarifvertrag behält seine Gültigkeit. Zu dem festgesetzten Mindestlohn tritt ein Feuerungszuschlag von 30 Proz. ab 21. Juli, so daß sich dieselben wie folgt erhöhen: Gehilfen bis 21 Jahr 1,75 M., Gehilfen bis 25 Jahr 2 M., Gehilfen über 25 Jahr 2,15 M., Arbeiterinnen an schweren Maschinen 1,05 M., Arbeiterinnen an leichten Maschinen 0,95 M. Die Träger der Arbeitsgemeinschaft haben das Recht, Änderungen des Vertrages während der Dauer desselben zu beantragen, insbesondere wenn gesetzliche Bestimmungen dieses erfordern sollten. Mit dieser Lohnbewegung sind wir ein gutes Stück weitergeschritten, insbesondere, wenn man bedenkt, daß dieser Vertrag nicht mit größeren Betrieben, sondern nur mit dem Kleinmeister Magdeburgs abgeschlossen wurde.

Als 3. Punkt stand auf der Tagesordnung: Aussprache zum Verbandstag in Nürnberg zur Orientierung des Kollegen Jämide aus Halle. Es kam hier zu einer regen Debatte, an der sich die Kollegen Stein, Günther, Nonnenberg und Schanlow hauptsächlich beteiligten. Wir schließen uns den Anträgen der Verwaltungsstelle Halle an und sind der Ueberzeugung, daß Kollege Jämide unsere Wünsche in Nürnberg gut vertreten wird. Unter Gewerkschaftlichem wurden noch örtliche Angelegenheiten besprochen. Die nächste Versammlung findet am 17. September statt. Der Vorsitzende wies dann noch auf das am 27. September in Friedrichslust stattfindende Vergnügen hin. Dann wurde die von 72 Kollegen besuchte Versammlung geschlossen.

Nürnberg. In der Mitgliederversammlung vom 18. August im „Historischen Hof“ ersathte Kollege Döhner Bericht vom 10. Gewerkschaftskongreß. In der anschließenden Diskussion brachten die Nürnberger Kollegen ihre Unzufriedenheit mit der Politik der Generalkommission und der Zentralvorstände während des Krieges und der Revolution zum Ausdruck. Vor allem bringe das Wirken während der Revolution die große Gefahr schwerer Schädigung der Arbeiterschaft und Gewerkschaftsbewegung mit sich. Es sei dringend notwendig, daß der alte revolutionäre Kampfgeist seinen Einzug in die Gewerkschaftsbewegung hält.

Vom gleichen Geist war die Debatte über die Anträge zur Generalversammlung getragen. Die Tätigkeit des Zentralvorstandes wurde scharf kritisiert und als Aufgabe der Generalversammlung betrachtet, die Rechte und die Einwirkung der Mitglieder auf das Verbandsleben zu stärken, um so den alten, verknöcherten Bürokratismus in der Verwaltung zu beseitigen und die Gewerkschaften zu Kampforganisationen auszugestalten.

Ein Antrag des Kollegen Meyer, der die Politik des Zentralvorstandes und der Generalkommission scharf verurteilt, wurde bei verschiedenen Stimmeneinhaltungen angenommen.

Als Delegierter zur Generalversammlung wurde Kollege Joh. Meyer gewählt.

Rundschau.

6 Millionen Mitglieder der Gewerkschaften Deutschlands. Zum Gewerkschaftskongreß in Nürnberg konnten wir die erfreuliche Mitteilung bringen, daß die Mitgliederzahl unserer Gewerkschaften bereits 5,4 Millionen betrug. Heute ist diese Zahl überholt. Nach den neuesten uns zur Verfügung stehenden Ziffern sind gegenwärtig 6 097 300 Mitglieder in unseren Zentralverbänden vereinigt.

Diese erfreuliche Zunahme zeigt am besten, daß aller Wohlpropaganda der linksstehenden Revolutionärgruppen zum Trotz die Arbeitermassen

doch erkannt haben, daß die gewerkschaftliche Organisation die Voraussetzung jeder dauernden und wirklichen Vertretung der Arbeiterinteressen darstellt. Auch die Tatsache, daß in den wenigen Wochen seit dem Nürnberger Kongreß rund 700 000 neue Mitglieder den Gewerkschaften zuströmten, ist nicht ohne Interesse. Sie darf als ein symptomatischer Beweis dafür angesehen werden, daß die Beschlüsse des Kongresses dem Bewußtsein der Arbeitermassen entsprechen. Die große Masse der Arbeiter wollen eine Vertretung ihrer Interessen, die sich nicht von Zufallsstimmungen führen läßt, sondern ihres Weges zielbewußt geht und ihre Maßnahmen dem jeweils Möglichen anpaßt. Die übergroße Mehrheit des Gewerkschaftskongresses war von diesem Gedanken geleitet, ihre Beschlüsse wurden von den reichen Erfahrungen, die das Ergebnis der bisherigen jahrzehntelangen gewerkschaftlichen Kämpfe sind, diktiert. Solange dieser feste Boden nicht verlassen wird, dürfen wir die Zuversicht haben, daß die deutschen Gewerkschaften ihren Aufmarsch fortsetzen werden.

Delegiertenwahlen für den Verbandstag.

Resultate der Stichwahlen:
16. Wahlkreis: Dammel, Zwickau, 159 Stimmen, Kohlsmorgen, Freiberg, 197 Stimmen. Gewählt: Kohlsmorgen.
17. Wahlkreis: Eckstein, Erlangen, 126 Stimmen, Götting, Bamberg, 88 Stimmen. Gewählt: Eckstein.
Hiermit sind die Wahlen beendet.

Der Verbandsvorstand.

Einige tüchtige Tischler
auf Maulbügel, Steg- und Keiltafeln sowie
einige geübte Kofferbauer
auf Leder-Suitkates stellen bei hohem Lohn ein
E. Jeschke Nachflg. Gebr. Zeuschner,
Müllroße bei Frankfurt a. d. Oder.

Tücht. Vorarbeiter
in angenehme dauernde Stellung sucht
Theodor Wechsler,
Lederreibremenfabrik mit Kraftbetrieb, Leipzig,
Gerberstraße 19/27.

Sattlermaschine
fast neu, Fabrikat Koch, 5-11, verkauft preiswert.
S. Kaliski, Berlin,
Chausseest. 78/74.

Lederschärferei
in Berlin. Gute Existenz, langjähriges Unternehmen, mit Wohnung wegen Wegzugs nach außerhalb sofort zu verkaufen. Offerten unter 135 an die Expedition dieses Blattes.

Sattlernähmaschinen
Abler Nr. 4, wenig gebraucht, preiswert unter Garantie zu verkaufen.
Lange & Pennigsdorf
Magdeburg, Regierungsstr. 22
Fernruf 5934.

Einige tüchtige Sattler, Tischler u. Portefeuller
(gelernte Facharbeiter)

für sauberste und feinste Arbeit: Geschirre, Mappen, Ledertoffer, Lederkästen, wie überhaupt Portefeullerarbeit. Nur solche, die im Frieden in allerersten Werkstätten mit Erfolg tätig waren, kommen in Frage.
Carl Uelner, Köln, Komödienstr. 18, am Dom. Gegründet 1903.

Bekanntmachungen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die grauen Arbeitslosenberichtsarten für Monat August bis zum 6. September spätestens bei der Post aufgefertigt sein müssen, wenn sie rechtzeitig in unsere Hände kommen sollen. Die Karten sind mit der Aufschrift „Portopflichtige Dienstsache“ zu versehen und nicht zu frankieren.

Verbandstag in Nürnberg.

Im Laufe der Woche wurde den Delegierten zum Verbandstage zu Händen der zuständigen Ortsverwaltung das Mandat und das „Kriegsbuch“, enthaltend den Verwaltungs- und Geschäftsbericht, zugestellt.

Der Kollege Döhner (Nürnberg) hat den Auftrag, für die Delegierten Logis zu besorgen. Die ankommenden Delegierten wollen sich im Bureau der Ortsverwaltung, Fahrstraße 14, melden, wo ihnen Logis nachgewiesen wird.

Der Vorstand.

Sterbetafel.

Cöln. Am 6. August verstarb der Kollege August Höcht, 55 Jahre alt.
Oberrshausen. Am 19. August verstarb der Kollege Nikolaus Hofmann, 27 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken.

Gesucht
1. Tischler (Sattler)

durchaus perfekt auf Maulbügelsäcke, Wallontafeln, Coupéoffer usw., energisch und fähig, der Abteilung „Reiseartikel“ einer größeren süddeutschen Lederwarenfabrik vorzustehen; nur bestqualifizierte Arbeitskräfte unter C. C. 200 an die Expedition dieser Zeitung.

Prima Sattlerwachs
Chemische Fabrik Köthen
Köthen-Anhalt.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität
Bruno Steffen, Berlin SW. 19,
Lindenstr. 63.
Gegründet 1880.
Preislisten S. P. gratis und franco.

Fachbücher für Sattler.
Bergerhoff, Der moderne Tapezierer, broschiert 10,10 M., gebunden 12,70 M.
Rausch, Der Wagenfabrikant, broschiert 12,05 M., gebunden 16,20 M.
Rausch, Der praktische Sattler, broschiert 15,95 M., gebunden 19,— M.
Reibestahl, Der Automobil- und Luftschiffattler, broschiert 5,45 M., gebunden 7,40 M.
Wächeler, Das praktische Polstern, gebunden 10,35 M.
Wächeler, Wie legt und behandelt man Linoleum, gebunden 8,75 M.
Feilborn, Das deutsche Sattlerhandwerk. In Mappe 22,80 M.
Reuter, Die Schule des Tapezierers, broschiert 10,10 M., gebunden 14,— M.
Schlüter, Zuschneiden der Sattler-, Riemen- und Tischlerarbeiten, in Mappe 10,10 M.
Bei Einbindung des Betrages portofreie Zusendung.
Joh. Sassenbach, Berlin 16,
Engelufer 15.